



Bis zum 31. Juli für SUCCESS 2021 bewerben

Ab sofort sind Unternehmen aus Rheinland-Pfalz, die neue Produkte, Produktionsprozesse, technologieorientierte Dienstleistungen oder anspruchsvolle IT-Vorhaben für technische Anwendungen entwickelt haben und damit Erfolge erzielen konnten, wieder dazu aufgerufen, sich bei der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) für die SUCCESS-Technologieprämien zu bewerben. Besonders zukunftsweisende Ideen und innovative Produkte werden im Oktober 2021 im feierlichen Rahmen mit Einzelprämien von bis zu 15.000 Euro gewürdigt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Zudem wird in diesem Jahr eine ebenfalls mit 15.000 Euro dotierte Sonderprämie zum Thema „Künstliche Intelligenz im Mittelstand“ vergeben.

Die Bewerbungsfrist für die Teilnahme am Wettbewerb „SUCCESS 2021“ endet am 31. Juli 2021. Die Bewerbungsunterlagen sind auf der Internetseite der ISB unter isb.rlp.de abrufbar.

Crowdfunding: Mikro statt Makro

Wie finanziere ich meine Geschäftsidee mit einem kleinen Kredit? Darüber informiert das Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz in einem kostenfreien Online-Seminar. Gerade Darlehen unter 10.000 Euro sind häufig nicht so leicht zu bekommen. Bonität, Schufa, Eigenkapital und Sicherheiten sind für Banken neben Branche, Markt und Profil wichtige Parameter für die Kreditentscheidung. Eine Existenzgründung oder die Finanzierung des Geschäftsvorhabens muss aber nicht an fehlendem Kapital scheitern. Mikrokredite über den Mikrokreditfonds Deutschland können Finanzierungslücken schließen.

In dem Online-Seminar am 22. April von 17 bis 19 Uhr werden die Rahmenbedingungen und Konditionen vorgestellt. Karin Silvestri von MONEX Mikrofinanzierung Baden-Württemberg e.V. führt durch die Veranstaltung und beantwortet Ihre Fragen.

Die Teilnahme am Online-Seminar ist kostenlos. Die Anmeldungen und weitere Informationen gibt es im Internet unter crowdfunding.rlp.de.

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de

Bündnis gegen Altschulden

ZUSAMMENSCHLUSS: Kammern, DGB und Städte, Gemeinden und Landkreise setzen sich gemeinsam für eine dauerhafte Lösung der finanziellen Probleme ein – Handlungsunfähige Kommunen schaden dem Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz

VON TORBEN SCHRÖDER

Eine Lösung für die kommunalen Altschulden und eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden und Städte in Rheinland-Pfalz lauten die Forderungen eines „Gemeinsamen Appells“, den der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) initiiert hat. Angeschlossen haben sich die Handwerkskammern sowie die Industrie- und Handelskammern, der Städte- und der Landkreistag sowie der Gemeinde- und Städtebund. Das „Bündnis für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Rheinland-Pfalz“ kritisiert, dass die Kommunen von Land und Bund zu viele Aufgaben aufgetragen bekommen, ohne dass ein finanzieller Ausgleich erfolgt. Und sie fürchten um die Handlungsfähigkeit der Gemeinden und Städte.

Dass die Kommunen den wirtschaftlichen Freiraum haben, um investieren zu können, ist für das Handwerk besonders wichtig. Das Bau- und Ausbaugewerbe

zählt laut Kurt Krautscheid, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz, zu den Branchen, die von der Corona-Pandemie bisher weitgehend verschont geblieben sind. Doch das liege vor allem an den noch aus Vorkrisenzeiten vollen Auftragsbüchern. Kommen keine neuen Aufträge hinzu, drohe die Krise voll durchzuschlagen. Rund ein Drittel der Aufträge komme von der öffentlichen Hand. „Eigentlich warten sehr viele Aufgaben auf uns“, sagt Krautscheid.

Deutschlandweit beziffert Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, den Investitionsstau auf der kommunalen Ebene auf 150 Milliarden Euro. Mit 6,4 Milliarden Euro an Kassenkrediten stehen die Gemeinde und Städte in Rheinland-Pfalz derzeit in der Kreide. Herausforderungen wie die digitale Infrastruktur hätten durch die Pandemie noch an Relevanz gewonnen, während Steuerausfälle die Handlungsfähigkeit der Kommunen zusätzlich einschränkten. Auch für die

Wirtschaft sind, wie Günter Jertz, Hauptgeschäftsführer der IHK für Rheinhessen, sagt, Digitalisierung und Verkehrsinfrastruktur vordringliche Handlungsfelder. Steuererhöhungen auf kommunaler Ebene seien der falsche Weg. Es gehe, und da pflichtet die politische Seite des Bündnisses bei, darum, dass die Kommunen genug Geld haben, um ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen.

Dazu zählt für den Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling, dem Vorsitzenden des Städtetages, auch die Unterstützung der Vereine und Kulturinitiativen sowie Investitionen in die Schulen. Stattdessen müssen die Kommunen ihre Mittel für die Folgen von Bund und Land gemachter Gesetze ausgeben. Der Landkreistag-Vorsitzende Günter Schartz blickt beispielhaft auf das Bundesteilhabegesetz und den Öffentlichen Personennahverkehr. Ebling spricht allein von 140 Millionen Euro an durch Bundesgesetze ausgelöste Ausgaben, die die Stadt Mainz nicht erstattet bekommt. Könnten die Kommunen nicht einmal ihre Pflicht-

aufgaben erfüllen, dann würden die Investitionen zuerst leiden. Der DGB-Vorsitzende Dietmar Muscheid sieht Land und Bund in der Pflicht, gegenzusteuern und sich um den Abbau der Altschulden zu kümmern.

„Vor einem Sparkurs der Kommunen müssen wir sehr stark warnen“, sagt Krautscheid. Dieser ginge auch zulasten der Zukunftsthemen Digitalisierung und Klimaschutz. Dem Handwerk ist wichtig, dass es dazu nicht kommt, nicht kommen darf. „Die Kommunen müssen bei ihren Investitionsaufgaben stark unterstützt werden. Dabei handelt es sich auch nicht um Subventionen, denn es erfolgen ja Gegenleistungen.“ Das Problem geht für den Präsidenten der Handwerkskammer Koblenz noch weiter. Unternehmen mit leeren Auftragsbüchern bilden auch seltener aus und stellen keine Mitarbeiter ein, entlassen womöglich welche. Ein kommunaler Schuldenschnitt und eine bessere Finanzausstattung wären, findet Schartz, ein probates Gegenmittel.

Handwerk setzt auf engen Austausch mit Regierung und Opposition

LANDTAGSWAHL: Kammern wollen gute Zusammenarbeit mit Ampelkoalition fortsetzen – Wahlversprechen schnell umsetzen

VON ANDREAS SCHRÖDER

Rheinland-Pfalz hat gewählt und sich für Kontinuität entschieden. Die SPD von Ministerpräsidentin Malu Dreyer ist bei geringen Verlusten erneut stärkste Kraft und wird die bestehende Ampelkoalition vermutlich fortsetzen – die Koalitionsverhandlungen dafür laufen bereits seit Ende März. Das Handwerk im Land hat keine Schwierigkeiten, sich mit diesem Ergebnis zu arrangieren. Die Präsidenten der vier rheinland-pfälzischen Handwerkskammern loben die bis dato gute Zusammenarbeit mit der Landesregierung und unterstreichen ihre Absicht, diese fortzusetzen. Gleichzeitig sind die Erwartungen groß, dass im Wahlkampf gemachte Zusagen zeitnah umgesetzt werden.

„Es gab im Land keine Wechselstimmung, und Parteien am Rand des Spektrums haben es in Rheinland-Pfalz schon immer schwer. Die Menschen wollen eine sachorientierte Politik von Regierung und Opposition“, fasste Rudi Müller, Präsident der Handwerkskammer Trier, das Wahlergebnis zusammen. „Mit der Landesregierung aus SPD, FDP und Grünen verbindet das Handwerk eine gute Zusammenarbeit in den zurückliegenden Jahren. Die Fortsetzung einer Ampelkoalition bedeutet für uns also auch: Die politisch Agierenden sind bekannt und unsere Zusammenarbeit setzt dort an, wo wir vor der Landtagswahl standen“, sagt Kurt Krautscheid, Präsident der Handwerkskammer Koblenz und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern. Das schließt auch kritische Bewertungen politischer Vorgänge



Plenarsitzung des Landtags 2020 in der Mainzer Rheingoldhalle. Der neue Landtag konstituiert sich Mitte Mai in Mainz. Bis dahin soll ein Koalitionsvertrag stehen.

durch das Handwerk mit ein. Hans-Jörg Friese, Präsident der Handwerkskammer Rheinhessen, argumentiert in eine ähnliche Richtung: „Ich gehe davon aus, dass wir in den für das Handwerk bedeutenden Ministerien eine gewisse Kontinuität erleben werden. Das ist erst mal nicht schlecht, denn dann kann direkt gearbeitet werden und es finden nicht erst lange Findungsphasen statt.“ Grund zur Sorge „gibt uns der Ausgang der Wahl keinesfalls“, sagt Dirk Fischer, Präsident der Handwerkskammer der Pfalz. Schließlich habe man bereits in der Vergangenheit sehr gut mit der Landesregierung zusammengearbeitet. Die Wähler hätten auf Bewährtes gesetzt, doch vieles müsse nach der Pandemie neu

gedacht werden. „Ein schlichtes ‚Weiter so‘ sollte es nicht geben“, betont Fischer. „Vor allem bei handwerksrelevanten Themen wünschen wir uns spürbare Fortschritte.“

Für Rudi Müller steht die Ausbildungs-offensive, eine Stärkung der Bildungszentren des Handwerks und die Einführung des von allen Parteien versprochenen Azubitickets ganz oben auf der Liste der Dinge, bei denen sich er sich eine schnelle Umsetzung wünscht. „Ich denke, dass unsere zentrale Botschaft bei der Politik und in der Öffentlichkeit angekommen ist: Die Auszubildenden und ihre Betriebe müssen finanziell entlastet werden.“ Auch Dirk Fischer liegt das Azubiticket „besonders am Herzen“. Aber auch die anderen Themen aus den

Bereichen Nachwuchssicherung, Digitalisierung, Bürokratieabbau sowie Klima und Umwelt dürften nicht in den Hintergrund rücken, so Fischer.

Kurt Krautscheid setzt darauf, den etablierten Dialog mit den Koalitions- und Oppositionsparteien fortzusetzen. „Unser Wort hatte Gewicht, unsere Argumente wurden bei anstehenden Entscheidungen der Landesregierung berücksichtigt. Daran wollen wir anknüpfen.“ Hans-Jörg Friese wünscht sich, dass auch die Bevölkerung das Gehör der Politik findet. „Die Landesregierung sollte den Menschen vor Ort zuhören und versuchen zu verstehen, welche Sorgen und Nöte vor Ort wirklich da sind. Es gibt manchmal die Tendenz, zu viel zu verkünden und zu wenig hinzuhören“, beobachtet Friese. „Gerne bieten wir hier Dialogplattformen an, etwa mit Azubis in der Ausbildung oder mit Selbständigen, die nicht wissen, an wen sie ihren Betrieb beim Renteneintritt übergeben können.“

Die SPD hat bei der Landtagswahl nur 0,5 Prozent verloren und ist mit 35,7 Prozent erneut stärkste Kraft. Die FDP hat trotz einem Minus von 0,7 Prozent die 5,0 Prozentmarke genommen. Ihr Verbleib im Landtag sichert das Fortbestehen der Ampelkoalition. Die Grünen sind die großen Gewinner der Wahl vom 14. März. Ein Plus von 4,0 Prozent macht Sie zum zweitgrößten Partner der wahrscheinlichen Koalition. Großer Verlierer der Landtagswahl ist die CDU. Ein Minus von 4,1 Prozent brachte ihr ein Ergebnis unter der 30-Prozent-Marke ein. Größere Verluste hatte nur die AfD (-4,3 Prozent) zu beklagen. Die Freien Wähler sind erstmals im Landtag vertreten.

Deutsches Handwerksblatt

Ihre Anzeige landet vielleicht im Staub. Aber bestimmt nicht im Papierkorb.

Foto: © Christian Verheul/westend61.de

Mittendrin im Handwerk

Mit dem Deutschen Handwerksblatt informieren Sie nahezu jeden dritten Handwerksbetrieb in Deutschland und sprechen mit Ihrer Anzeige zielgenau Geschäftsführer, Inhaber und Entscheider im Handwerk an. Erfahren Sie alles über unsere medienübergreifenden Werbemöglichkeiten unter:

handwerksmedien.info



Bündnis gegen Altschulden

ZUSAMMENSCHLUSS: Kammern, DGB und Städte, Gemeinden und Landkreise setzen sich gemeinsam für eine dauerhafte Lösung der finanziellen Probleme ein – Handlungsunfähige Kommunen schaden dem Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz

VON TORBEN SCHRÖDER

Eine Lösung für die kommunalen Altschulden und eine bessere finanzielle Ausstattung der Gemeinden und Städte in Rheinland-Pfalz lauten die Forderungen eines „Gemeinsamen Appells“, den der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) initiiert hat. Angeschlossen haben sich die Handwerkskammern sowie die Industrie- und Handelskammern, der Städte- und der Landkreistag sowie der Gemeinde- und Städtebund. Das „Bündnis für gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Rheinland-Pfalz“ kritisiert, dass die Kommunen von Land und Bund zu viele Aufgaben aufgetragen bekommen, ohne dass ein finanzieller Ausgleich erfolgt. Und sie fürchten um die Handlungsfähigkeit der Gemeinden und Städte.

Dass die Kommunen den wirtschaftlichen Freiraum haben, um investieren zu können, ist für das Handwerk besonders wichtig. Das Bau- und Ausgabewerbe

zählt laut Kurt Krautscheid, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern Rheinland-Pfalz, zu den Branchen, die von der Corona-Pandemie bisher weitgehend verschont geblieben sind. Doch das liege vor allem an den noch aus Vorkrisenzeiten vollen Auftragsbüchern. Kommen keine neuen Aufträge hinzu, drohe die Krise voll durchzuschlagen. Rund ein Drittel der Aufträge komme von der öffentlichen Hand. „Eigentlich warten sehr viele Aufgaben auf uns“, sagt Krautscheid.

Deutschlandweit beziffert Ralph Spiegler, Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, den Investitionsstau auf der kommunalen Ebene auf 150 Milliarden Euro. Mit 6,4 Milliarden Euro an Kassenkrediten stehen die Gemeinde und Städte in Rheinland-Pfalz derzeit in der Kreide. Herausforderungen wie die digitale Infrastruktur hätten durch die Pandemie noch an Relevanz gewonnen, während Steuerausfälle die Handlungsfähigkeit der Kommunen zusätzlich einschränken. Auch für die

Wirtschaft sind, wie Günter Jertz, Hauptgeschäftsführer der IHK für Rheinhessen, sagt, Digitalisierung und Verkehrsinfrastruktur vordringliche Handlungsfelder. Steuererhöhungen auf kommunaler Ebene seien der falsche Weg. Es gehe, und da pflichtet die politische Seite des Bündnisses bei, darum, dass die Kommunen genug Geld haben, um ihre eigenen Aufgaben zu erfüllen.

Dazu zählt für den Mainzer Oberbürgermeister Michael Ebling, dem Vorsitzenden des Städtetages, auch die Unterstützung der Vereine und Kulturinitiativen sowie Investitionen in die Schulen. Stattdessen müssen die Kommunen ihre Mittel für die Folgen von Bund und Land gemachter Gesetze ausgeben. Der Landkreistag-Vorsitzende Günter Schartz blickt beispielhaft auf das Bundesteilhabegesetz und den Öffentlichen Personennahverkehr. Ebling spricht allein von 140 Millionen Euro an durch Bundesgesetze ausgelöste Ausgaben, die die Stadt Mainz nicht erstattet bekommt. Könnten die Kommunen nicht einmal ihre Pflicht-

aufgaben erfüllen, dann würden die Investitionen zuerst leiden. Der DGB-Vorsitzende Dietmar Muscheid sieht Land und Bund in der Pflicht, gegenzusteuern und sich um den Abbau der Altschulden zu kümmern.

„Vor einem Sparkurs der Kommunen müssen wir sehr stark warnen“, sagt Krautscheid. Dieser ginge auch zulasten der Zukunftsthemen Digitalisierung und Klimaschutz. Dem Handwerk ist wichtig, dass es dazu nicht kommt, nicht kommen darf. „Die Kommunen müssen bei ihren Investitionsaufgaben stark unterstützt werden. Dabei handelt es sich auch nicht um Subventionen, denn es erfolgen ja Gegenleistungen.“ Das Problem geht für den Präsidenten der Handwerkskammer Koblenz noch weiter. Unternehmen mit leeren Auftragsbüchern bilden auch seltener aus und stellen keine Mitarbeiter ein, entlassen womöglich welche. Ein kommunaler Schuldenschnitt und eine bessere Finanzausstattung wären, findet Schartz, ein probates Gegenmittel.



Bis zum 31. Juli für SUCCESS 2021 bewerben

Ab sofort sind Unternehmen aus Rheinland-Pfalz, die neue Produkte, Produktionsprozesse, technologieorientierte Dienstleistungen oder anspruchsvolle IT-Vorhaben für technische Anwendungen entwickelt haben und damit Erfolge erzielen konnten, wieder dazu aufgerufen, sich bei der Investitions- und Strukturbank Rheinland-Pfalz (ISB) für die SUCCESS-Technologieprämien zu bewerben. Besonders zukunftsweisende Ideen und innovative Produkte werden im Oktober 2021 im feierlichen Rahmen mit Einzelprämien von bis zu 15.000 Euro gewürdigt und der Öffentlichkeit vorgestellt. Zudem wird in diesem Jahr eine ebenfalls mit 15.000 Euro dotierte Sonderprämie zum Thema „Künstliche Intelligenz im Mittelstand“ vergeben.

Die Bewerbungsfrist für die Teilnahme am Wettbewerb „SUCCESS 2021“ endet am 31. Juli 2021. Die Bewerbungsunterlagen sind auf der Internetseite der ISB unter isb.rlp.de abrufbar.

Handwerk setzt auf engen Austausch mit Regierung und Opposition

LANDTAGSWAHL: Kammern wollen gute Zusammenarbeit mit Ampelkoalition fortsetzen – Wahlversprechen schnell umsetzen

VON ANDREAS SCHRÖDER

Rheinland-Pfalz hat gewählt und sich für Kontinuität entschieden. Die SPD von Ministerpräsidentin Malu Dreyer ist bei geringen Verlusten erneut stärkste Kraft und wird die bestehende Ampelkoalition vermutlich fortsetzen – die Koalitionsverhandlungen dafür laufen bereits seit Ende März. Das Handwerk im Land hat keine Schwierigkeiten, sich mit diesem Ergebnis zu arrangieren. Die Präsidenten der vier rheinland-pfälzischen Handwerkskammern loben die bis dato gute Zusammenarbeit mit der Landesregierung und unterstreichen ihre Absicht, diese fortzusetzen. Gleichzeitig sind die Erwartungen groß, dass im Wahlkampf gemachte Zusagen zeitnah umgesetzt werden.

„Es gab im Land keine Wechselstimmung, und Parteien am Rand des Spektrums haben es in Rheinland-Pfalz schon immer schwer. Die Menschen wollen eine sachorientierte Politik von Regierung und Opposition“, fasste Rudi Müller, Präsident der Handwerkskammer Trier, das Wahlergebnis zusammen. „Mit der Landesregierung aus SPD, FDP und Grünen verbindet das Handwerk eine gute Zusammenarbeit in den zurückliegenden Jahren. Die Fortsetzung einer Ampelkoalition bedeutet für uns also auch: Die politisch Agierenden sind bekannt und unsere Zusammenarbeit setzt dort an, wo wir vor der Landtagswahl standen“, sagt Kurt Krautscheid, Präsident der Handwerkskammer Koblenz und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Handwerkskammern. Das schließe auch kritische Bewertungen politischer Vorgänge



Plenarsitzung des Landtags 2020 in der Mainzer Rheingoldhalle. Der neue Landtag konstituiert sich Mitte Mai in Mainz. Bis dahin soll ein Koalitionsvertrag stehen.

durch das Handwerk mit ein. Hans-Jörg Friese, Präsident der Handwerkskammer Rheinhessen, argumentiert in eine ähnliche Richtung: „Ich gehe davon aus, dass wir in den für das Handwerk bedeutenden Ministerien eine gewisse Kontinuität erleben werden. Das ist erst mal nicht schlecht, denn dann kann direkt gearbeitet werden und es finden nicht erst lange Findungsphasen statt.“ Grund zur Sorge „gibt uns der Ausgang der Wahl keinesfalls“, sagt Dirk Fischer, Präsident der Handwerkskammer der Pfalz. Schließlich habe man bereits in der Vergangenheit sehr gut mit der Landesregierung zusammengearbeitet. Die Wähler hätten auf Bewährtes gesetzt, doch vieles müsse nach der Pandemie neu

gedacht werden. „Ein schlichtes ‚Weiter so‘ sollte es nicht geben“, betont Fischer. „Vor allem bei handwerksrelevanten Themen wünschen wir uns spürbare Fortschritte.“

Für Rudi Müller steht die Ausbildungs-offensive, eine Stärkung der Bildungszentren des Handwerks und die Einführung des von allen Parteien versprochenen Azubitickets ganz oben auf der Liste der Dinge, bei denen sich er sich eine schnelle Umsetzung wünscht. „Ich denke, dass unsere zentrale Botschaft bei der Politik und in der Öffentlichkeit angekommen ist: Die Auszubildenden und ihre Betriebe müssen finanziell entlastet werden.“ Auch Dirk Fischer liegt das Azubiticket „besonders am Herzen“. Aber auch die anderen Themen aus den

Bereichen Nachwuchssicherung, Digitalisierung, Bürokratieabbau sowie Klima und Umwelt dürften nicht in den Hintergrund rücken, so Fischer.

Kurt Krautscheid setzt darauf, den etablierten Dialog mit den Koalitions- und Oppositionsparteien fortzusetzen. „Unser Wort hatte Gewicht, unsere Argumente wurden bei anstehenden Entscheidungen der Landesregierung berücksichtigt. Daran wollen wir anknüpfen.“ Hans-Jörg Friese wünscht sich, dass auch die Bevölkerung das Gehör der Politik findet. „Die Landesregierung sollte den Menschen vor Ort zuhören und versuchen zu verstehen, welche Sorgen und Nöte vor Ort wirklich da sind. Es gibt manchmal die Tendenz, zu viel zu verkünden und zu wenig hinzuhören“, beobachtet Friese. „Gerne bieten wir hier Dialogplattformen an, etwa mit Azubis in der Ausbildung oder mit Selbständigen, die nicht wissen, an wen sie ihren Betrieb beim Renteneintritt übergeben können.“

Die SPD hat bei der Landtagswahl nur 0,5 Prozent verloren und ist mit 35,7 Prozent erneut stärkste Kraft. Die FDP hat trotz einem Minus von 0,7 Prozent die 5,0 Prozentmarke genommen. Ihr Verbleib im Landtags sichert das Fortbestehen der Ampelkoalition. Die Grünen sind die großen Gewinner der Wahl vom 14. März. Ein Plus von 4,0 Prozent macht Sie zum zweitgrößten Partner der wahrscheinlichen Koalition. Großer Verlierer der Landtagswahl ist die CDU. Ein Minus von 4,1 Prozent brachte ihr ein Ergebnis unter der 30-Prozentmarke ein. Größere Verluste hatte nur die AfD (-4,3 Prozent) zu beklagen. Die Freien Wähler sind erstmals im Landtag vertreten.

Crowdfunding: Mikro statt Makro

Wie finanziere ich meine Geschäftsidee mit einem kleinen Kredit? Darüber informiert das Wirtschaftsministerium Rheinland-Pfalz in einem kostenfreien Online-Seminar. Gerade Darlehen unter 10.000 Euro sind häufig nicht so leicht zu bekommen. Bonität, Schufa, Eigenkapital und Sicherheiten sind für Banken neben Branche, Markt und Profil wichtige Parameter für die Kreditentscheidung. Eine Existenzgründung oder die Finanzierung des Geschäftsvorhabens muss aber nicht an fehlendem Kapital scheitern. Mikrokredite über den Mikrokreditfonds Deutschland können Finanzierungslücken schließen.

In dem Online-Seminar am 22. April von 17 bis 19 Uhr werden die Rahmenbedingungen und Konditionen vorgestellt. Karin Silvestri von MONEX Mikrofinanzierung Baden-Württemberg e.V. führt durch die Veranstaltung und beantwortet Ihre Fragen.

Die Teilnahme am Online-Seminar ist kostenlos. Die Anmeldungen und weitere Informationen gibt es im Internet unter crowdfunding.rlp.de.

LANDESREDAKTION

Anja Obermann
Dagobertstraße 2
55116 Mainz

Andreas Schröder
Tel: 0179 / 90 450 25
E-Mail: schroeder@handwerksblatt.de

Deutsches Handwerksblatt

Ihre Anzeige landet vielleicht im Staub. Aber bestimmt nicht im Papierkorb.

Mittendrin im Handwerk

Mit dem Deutschen Handwerksblatt informieren Sie nahezu jeden dritten Handwerksbetrieb in Deutschland und sprechen mit Ihrer Anzeige zielgenau Geschäftsführer, Inhaber und Entscheider im Handwerk an. Erfahren Sie alles über unsere medienübergreifenden Werbemöglichkeiten unter:

handwerksmedien.info

